

II-1257 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 690 U

1984-04-12

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Graff  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Pläne zur Änderung der Gerichtsorganisation auf  
Gerichtshofebene im Raum Wien

Zum Entwurf eines Bezirksgerichts-Organisationsgesetzes für Wien, das kürzlich vom Justizressort zur Begutachtung ausgesendet wurde, haben auch die Richtervereinigung und die Bundessektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ein gemeinsames Gutachten abgegeben und diesen Entwurf scharf abgelehnt. Im letzten Absatz dieser auch dem Nationalrat zur Kenntnis gebrachten Begutachtung ist davon die Rede, daß im Justizressort geplant sei, die Gerichtsbarkeit in Wien auch auf Gerichtshofebene nicht mehr nach sachlichen Bereichen zu trennen, sondern in territorial abgegrenzte Bereiche umzuorganisieren. Dieses allfällige Vorhaben wäre aber sowohl in organisations-technischer als auch in finanzieller Hinsicht von weitreichender Bedeutung für die gesamte Rechtspflege.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e:

- 2 -

- 1) Trifft es zu, daß im Justizressort eine Neuorganisation der Zuständigkeit der Gerichtshöfe erster Instanz in Wien geplant, bzw. vorbereitet wird?
- 2) Sind bereits Überlegungen darüber angestellt worden, mit welchem finanziellen Aufwand ein solches Vorhaben verbunden wäre?
- 3) Wie ist ein solches Vorhaben mit der derzeit bestehenden Absicht der Bundesregierung in Einklang zu bringen, im Rahmen der Gesetzgebung des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes ein eigenes Sozialgericht in Wien (als besonderen Gerichtshof erster Instanz) zu schaffen?